

# Sorauer Tageblatt

Telegr.: Tageblatt Sorauer Niederlausitz

(Sorauer Wochenblatt)

Fernsprecher Nummer 22 und 37

Postfach - Konto:  
Nr. 954 Berlin R. W. 7

Meiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.

Giro-Konto  
bei der Reichsbank

**Ercheinungsweise:** Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (freiheimlich): In Sorau in den Ausgabeblättern für August 250 000 M., ins Haus gebracht 250 M., bei weiter gelegenen 250 000 M., ins Haus gebracht 500 M., mehr, durch die Post bezogen 250 000 M., einm. Bestellgeb. — Wochentarten, nur in der Geschäftsstelle. — Monatsrate 2: 62 500 M. — In Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsmangel oder Ausperrung hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.



**Anzeigenpreise (freiheimlich):** Die 9 achteilige Kolonelspalte für Anzeigen aus Stadt und Kreis Sorau je Millimeterhöhe 12000 Mark, für auswärtige Anzeigen 24000 Mark; im Plakatmetre die 4 achteilige Kolonelspalte je Millimeterhöhe 30 000 Mark, für auswärtige 60 000 Mark. — Für Anzeigen, durch Fernsprecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. — Abgibt nach festem Tarif, nur gültig bei Barzahlung innerhalb 10 Tagen; bei späterer Zahlung, bei Konturufen und bei Erhebung durch Nachnahme erfolgt jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 198 Sonnabend, den 25. August 1923 113. Jahrgang

## Die Wirtschafts- und Finanzkatastrophe.

Wie schon gemeldet, hatte die Sitzung des Haushaltungsausschusses des Reichstages am Donnerstag die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands Gegenstand der Tagesordnung. Nach dem Reichsfinanzminister Dr. Stresemann lag allgemein über die gegenwärtige Wirtschaftslage und über die Verwirrung auf dem Devisenmarkt geäußert halte, ging er auf das Verhältnis des Reiches zu den Ländern und Gemeinden ein. Das Reich sei in die Zwangslage gebracht worden, die ganzen Ausgaben der verschiedenen öffentlichen Verwaltungen der Länder und Gemeinden zu decken; nicht etwa bloß in dem Maße, wie es dem Finanzausgleichsgesetz entsprechen würde; praktisch ist heute die Sache mehr so, daß wir darüber hinaus das gesamte Defizit, das die Länder haben und zum großen Teil auch das gesamte Defizit, das heute in den Kommunen entsteht, auf das Reich übernehme müssen, wenn nicht der Zusammenbruch der ganzen Verwaltung eintreten soll.

Die Reichsfinanzen weisen vier große Defizitquellen auf. Die erste ist die Ausführung des Friedensvertrages. Der Friedensvertrag hat für seine Ausführungen im Januar noch die Summe von 450 Milliarden erfordert. Im Juli war diese Summe bereits auf 4 Billionen gestiegen, und wir müssen mit einer Verzehnfachung dieser Summe für den August rechnen. Die zweite ist der außerordentliche Bedarf der Betriebsverwaltungen. Wenn bei der Reichseisenbahn muß trotz der starken Erhöhungen der Tarife zunächst noch mit einem Defizit gerechnet werden, das sich für den Rest des Rechnungsjahres noch auf 450 Billionen belaufen wird. Die dritte Defizitquelle sind die Besoldungszulüsse an die Länder und die Gemeinden (im Juli 6 Billionen), und die vierte die Ernährungswirtschaft. Siernad sprach der Minister über den Devisenbedarf des Reiches. Trotz der neuen Steuern sei ein sehr starker Fehlbetrag des Reiches vorhanden, der wohl neue Steuererhöhungen bringen werde. Darüber muß man sich unbedingt klar sein, daß in unserer jetzigen Lage wir keine Steuern abbauen und auch keine Steuern mildern können.

Denn Länder und Kommunen sind gar nicht der Lage, aus bereitzehenden Mitteln die außerordentlichen Erhöhungen der Gehälter und Löhnungen tragen zu können. Aber in der letzten Zeit haben sich auch Symptome bemerkbar gemacht, die außerordentlich beunruhigend sind, und Symptome, die eine ganz unerwartete Lage herbeiführen könnten. Es ist bekannt, daß die Bekämpfung des Buchdruckerstreiks, die eine absolute Notwendigkeit gewesen ist, weil durch den Streik in der Reichsdruckerei und in den meisten Landesdruckereien wir in eine fürchterliche Katastrophe wegen des Notmangels geraten waren, nur möglich gewesen ist, indem das Reich die Zulage gemacht hat, daß es einen Teil der Lohnerrhöhungen aus eigenen Mitteln beden würde. (Sollt! hört!)

Ich wünsche eine gewisse Verhappung des Geldmarktes und einen gewissen Druck auf die Wirtschaft, damit sie gezwungen ist, einmal ihren Warenvorrat zu verringern und zweitens ihre Devisen und ausländischen Effekten herauszubringen. Einmal ist erforderlich die strengste und — ich sage es ausdrücklich für die Defizitlosigkeit — eine brutale Steuerpolitik, und weiter: Die wirtschaftspolitischen Bedenken und Forderungen müssen jetzt hinter die währungspolitischen Notwendigkeiten zurückgestellt werden, weil diese augenblicklich die wichtigsten Notwendigkeiten für den Bestand des Deutschen Reiches geworden sind. Die Regierung muß eine Beherrschung des Devisenmarktes erreichen.

Wir sind also dahin gekommen, dazu überzugehen, auch Löhne der Privatindustrie unmittelbar auf das Reich zu übernehmen.

Am Einvernehmen mit den Wirtschaftskreisen sind wir vorläufig zu einer Lösung gekommen, die hoffentlich uns in der nächsten Zeit ausreichende Devisenmittel zur Verfügung stellen wird.

Die Ausgaben des Reiches sei unübersehbar geworden. Wir sind auch auf dem Währungsgebiet in einen geradezu anarchoischen Zustand geraten. In den Zahlungskalamitäten zu begegnen, welche als Hilfsmittel die Ausgabe von Notgeld gewählt werden. Wie groß die Ausgabe dieses Notgeldes ist, läßt sich im Augenblick sehr schwer sagen; sie geht aber in viele Billionen. Sie ist ein Zustand, der die Inflation außerordentlich steigert und überhaupt große Unsicherheit erzeugt, ein Zustand, der, solange er andauert, jede Währungspolitik auch schon rein technisch unmöglich macht.

Der Vorschlag bewegt sich in folgenden Linien: Wir gehen davon aus, daß für je 10 000 Mark, die auf die erste Rate der Brotverbilligung gezahlt worden sind — wir legen also die Erklärung für die Zwangsleihe zugrunde — ein Betrag von einer Mark Gold bis zum 25. September abgeliefert wird. Der Scheck wird vor der Veröffentlichung der Erklärung liegen. Wird der betreffende Betrag an Devisen nicht abgeliefert, so ist unter Eid zu versichern, daß ein ausreichender Betrag an Devisen nicht vorhanden war. Diese Erklärung wird nachgeprüft. Die Verletzung der edelschaftlichen Versicherung stellt unter der Zuchthausstrafe, die für Meineid besteht, und unter Konfiskation des Vermögens, für die Nachprüfung dieser Angaben werden wir durch besonders ausgewählte Kontrollorgane Vorfragen treffen. Als Gegenwert für Devisen soll gegeben werden nach Wahl der Abnehmer entweder Goldanleihe oder eine Ueberschreibung auf ein Goldkonto. In dem Falle, wo tatsächlich nachgewiesen wird, daß eine Devisenzahlung dem Steuerpflichtigen nicht möglich ist, wird die Zahlung eventuell auch in Papiermark entsprechend dem Goldwert angenommen. Diesen Devisenfonds müssen wir haben und die Regierung ist entschlossen, vor keinem zweideutigen Mittel zurückzuschrecken.

Die Ausgaben des Reiches sind noch verheerend, daß wir zunächst nicht in der Lage sind, durch Steuern den ganzen Betrag der Ausgaben zu decken. Über das Resultat der Zeichnungen auf die Goldanleihe sich augenblicklich noch nichts sagen. Bis jetzt sind die Zeichnungen befriedigend eingegangen nach den Nachrichten, die mir gekommen sind und die noch ganz unvollständig sind.

Zum Schluß kündigte der Minister eine Veränderung der Reichsbankpolitik an im Sinne des Uebergangs zum Gold- und Kredit- und Goldnoten.

## Der Reichszentralrat im Reichsrat

Berlin, 23. August. In der heutigen öffentlichen Vollsitzung des Reichsrates, die zunächst vom Reichszentralrat Dr. Stresemann geleitet wurde, stellte sich der Reichszentralrat dem Reichsrat vor und führte u. a. aus: Die gegenwärtige Lage, in der das Kabinett zur Führung der Geschäfte berufen wurde, ist eine sehr schwierige, sowohl außenpolitisch wie auch innenpolitisch. Beides ist miteinander verbunden, und kaum je ist die Führung der Außenpolitik so abhängig gewesen von einem einheitlichen Zusammenwirken aller Faktoren im Innern wie gegenwärtig. Um der Schwierigkeiten Herr zu werden, die jetzt auf uns einwirken, ist vor allem notwendig, daß in dieser Lage Reich und Länder eine Einheitsfront in ihrem Zusammenwirken bilden.

Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Infolge weiterer Lohnerrhöhung und Materialpreiserhöhung, sowie der außerordentlich gestiegenen Betriebskosten und Steuern ist die Schlüsselzahl des Deutschen Buchdruckervereins vom 23. August 1923, ab auf 96 000 erhöht worden.

**Rückbildungen.** Breslau, 23. August. Die heutige Verammlung der Breslauer Zeitungsverleger und Buchdruckerbesitzer hat beschlossen, in allen Betrieben unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen dem gesamten technischen Buchdruckerpersonal zu kündigen, weil sie nicht in der Lage seien, die hohen, die Unwirtschaftlichkeit der Betriebe nach sich ziehenden neuen Buchdruckerlöhne weiterhin aufzubringen.

Ich habe in der ersten Regierungserklärung im Reichstag gesprochen von dem Eigenleben der Länder und habe davon gesprochen, daß sich dieses Eigenleben nicht in das Große des ganzen Reiches. Diese Erklärung war in ihrem Wortlaut getragen vom Gesamtkabinett und wenn in letzter Zeit davon gesprochen worden ist, daß ganz besonders zentralistische Tendenzen der neuen Reichsregierung eigen wären, so möchte ich darauf hinweisen, daß dem Reichsminister des Innern, dem in erster Linie das Verhältnis des Reiches zu den Ländern obliegt, ganz davon gesprochen hat, daß ihn von derartigen Betreibungen nichts beunruhigt sei. Zum Schluß hat der Reichszentralrat um das Vertrauen, die Mitarbeit und die Kollegialität der Mitglieder des Reichsrates.

Don sachmäßiger Seite wird geschrieben: „Die Angleichung der Löhne im Buchdruckerberuf an den Goldlohn (die jüngst geforderte Summe geht weit darüber hinaus) muß zum Eingehen der Zeitungen führen, wenn nicht diese Angleichung an Friedens- und Weltmarktpreis in anderen Berufen vorausgegangen ist, so daß der Leser einer Zeitung den Bezug auf Grund entsprechender Einkünfte aufrechterhalten kann. Von diesem Zustand aber sind wir noch sehr weit entfernt. Die bereits eingetretene und sich stetig verärfärfende Notlage und Arbeitslosigkeit im Buchdruckerberuf hat übrigens auch weit über Reich und in Frage kommenden hochqualifizierten Arbeiterkräfte von der Unmöglichkeit überzeugt, ihnen vom Reichsarbeitminister sanktionierten Schicksalsspruch praktisch durchzuführen. Wir können nicht annehmen, daß Reichsarbeitminister Dr. Brauns sich der Mission hingibt, daß auch nur eine, selbst die am besten finanzierte Zeitung diese Entwässerung überdauern wird. Als Sozialminister ist er aber nicht nur dazu da, den Arbeitern ein menschenwürdiges Auskommen zu beschaffen, sondern auch dafür zu sorgen, daß die bestehenden Arbeitsmangel nicht noch vergrößert werden. Was die Vermittlung der Presse innen- und außenpolitisch bedeutet, brauchen wir niemand mehr zu sagen, zumal nicht in diesen schicksalhaften Tagen. Ohne die Presse wird auch die beste und beste Regierung unter Bismarck nicht vor dem Abgrund retten können. Der Inflationsschmerz nur auf die zeitungswirtschaft, er allein hat ein Interesse an der Vermittlung der Zeitungen.“

Ihm entgegenete der Preussische Staatssekretär Dr. Weismann im Namen des Reichsrates: Er verpfändete dem Reichszentralrat, daß der Reichsrat mit allen verfügbaren Mitteln alle Pläne der Reichsregierung unterstützen werde, die darauf hinzielen, das Deutsche Reich aus dieser verzweiflungsvollen Lage herauszubringen. Er nahm für den Reichsrat mit Dank davon Kenntnis, daß die Reichsregierung nicht davon denke, das Eigenleben der Länder zu hären. Die Länder seien genau so auf dem durchdrungen, daß für ihr Leben, ihr Gedeihen ein festes Fundament in dem Reich unbedingt notwendig sei, und derjenige, der im Auslande glaube, jetzt wäre der Moment gekommen, wo das durch Blut und Eisen zusammengegeschmiedete Reich zerfallen und in Stücke gehen würde, stelle eine falsche Rechnung aus. Er gab dem Reichszentralrat die Versicherung, daß der Reichsrat ihm jede Unterstützung angeheissen lassen würde auf seinem Wege dem deutschen Vaterlande wieder zum friedlichen und geistlichen Zusammenarbeiten und zu besseren friedlicheren Zuständen zu verhelfen.

Wriezen, 23. August. Nach fast 60-jährigen Belieben der „Wriezener Zeitung“ steht ihr der Inhaber C. Bruder veranlaßt, das Erscheinen mit Ende des Monats anzustellen und zugleich den Druckbetrieb aufzulösen. Schon seit Jahresfrist hat er nur unter den größten Opfern das Belieben der Zeitung durchzuführen können.

## Deutschlands notleidende Kulturpolitik.

Im Reichszentralrat empfangen am Mittwoch der Reichszentralrat den Arbeitsausschuß des neu gegründeten Kulturartikels für die notleidende Kulturpolitik Deutschlands. Nach Verlesung der Mitteilungsprotokolle des Reichszentralrates, Reichsstaatsabg. Geringling, über die Zwecke und Ziele des Arbeitsausschusses, der durch die geeigneten Persönlichkeiten aus den verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und geistigen Kreisen ergänzt sei, um durch Beratungen und Pressearbeiten, durch Einwirkung auf die Gesetzgebung diese Ziele durchzuführen und vor allem der Verengung des deutschen Mittelstandes entgegenzuwirken. Reichszentralrat Dr. Stresemann dankte dem Reichsrat und wies auf den Verlust jener deutschen Kulturpolitik hin, zu deren Erhaltung wir bedeutend mehr Zeit brauchen als zum Wiederaufbau von Ruinen. Dieser Verlust ist für uns völlig untragbar aus den verschiedensten Gründen. „Nur wenn wir zeitlich mehr leisten als andere, werden wir wieder einbringen können, was der verlorenen Krieg uns genommen hat. Vielleicht haben wir an Anleihen sowohl verloren, weil die Menschen, die zu uns kamen, die Entschädigung haben, daß wir nicht einmal unser Unglück stillig ertragen können und in einen Ruinlande anderer Bermittlungen aufgehen. Wenn ihr Wunsch darauf hinwirkt, daß in dieser Zeit tiefsten deutschen Niederganges — über die ganze Zeit wird lange dauern — littliche Triebkräfte der Nation mitgeteilt werden können, und man sich wieder der Bedeutung des Geistes bewußt wird, dann werden Sie die Grundlage zu einem deutschen Wiederaufbau legen. Der Wiederaufbau wird nicht kommen auf der Grundlage der Wirtschaft und der Politik, wenn ihr nicht der Wiederaufbau des geistigen Kraft in unserem Vaterlande voran-

## Die verzweifelte Lage im Zeitungs- wesen.

Berlin, 24. August. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger teilt mit: Die verzweifelte Lage im Zeitungswesen hat den Verein Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) C. B. veranlaßt, am 23. August, nachm. 2 Uhr, eine außerordentliche Hauptversammlung nach Eisenach in den Saal der „Erholung“ einzuberufen. Wenn auch die Kosten der Reise und des Aufenthaltes hoch sind und die Zeitungsverleger heute weniger als je von ihren Vertretern abkommen können, so ist der Sachverhalt der Eisenacher Tagung doch so ernst, daß jeder Verleger an der Teilnahme der für die deutsche Presse entscheidenden Beschlüsse in Eisenach mitwirken muß.

## Die verzweifelte Lage im Zeitungs- wesen.

Berlin, 24. August. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger teilt mit: Die verzweifelte Lage im Zeitungswesen hat den Verein Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) C. B. veranlaßt, am 23. August, nachm. 2 Uhr, eine außerordentliche Hauptversammlung nach Eisenach in den Saal der „Erholung“ einzuberufen. Wenn auch die Kosten der Reise und des Aufenthaltes hoch sind und die Zeitungsverleger heute weniger als je von ihren Vertretern abkommen können, so ist der Sachverhalt der Eisenacher Tagung doch so ernst, daß jeder Verleger an der Teilnahme der für die deutsche Presse entscheidenden Beschlüsse in Eisenach mitwirken muß.